



Friedrich Kiesinger ist Psychologe, Psychotherapeut und Geschäftsführer der Albatros gGmbH sowie des Sozialunternehmens Pegasus GmbH in Berlin.

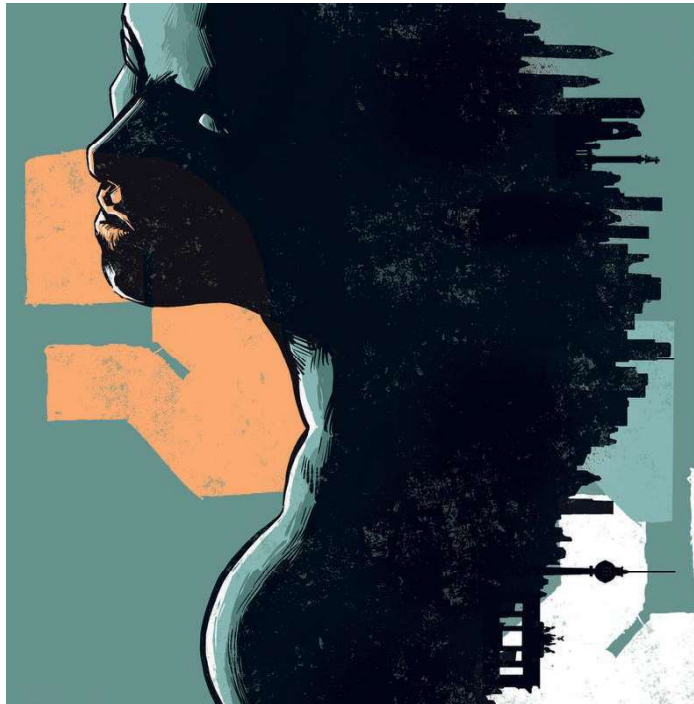
Menschen, die in Metropolen leben, haben generell ein höheres Risiko, psychisch zu erkranken. Gründe hierfür sind meist sozialer Stress infolge von Verdichtung der Wohn- und Lebensverhältnisse und die zunehmende soziale Isolation in Städten. Arbeitslosigkeit, Drogen sowie starker Alkoholmissbrauch, Fehlernährung, Rauchen, Ausgrenzungen und prekäre Lebensverhältnisse befördern die Dynamik zusätzlich.

Nach Angaben der deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde erkranken rund 17,8 Millionen Menschen in Deutschland pro Jahr an einer psychischen Erkrankung. Dies sind etwa 28 Prozent der Bevölkerung, wobei die Zahl in Metropolen wie Berlin exponentiell höher ist.

Statistiken von Krankenkassen zeigen, dass psychische Erkrankungen während der Pandemie stärker zugenommen haben. Bei Angststörungen hat beispielsweise die Kaufmännische Krankenkasse in 2022 einen Anstieg um 40 Prozent bei Männern und 19 Prozent bei Frauen festgestellt. Der Zuwachs psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen wird momentan breit in den Medien diskutiert, während die Verbreitung und traumatische Vorerfahrungen bei Geflüchteten und Zugezogenen noch zu wenig Beachtung in der Politik und vor allem in der ambulanten psychosozialen Versorgung findet.

Zusätzliche psychische Belastungen stellen aktuell der Ukrainekrieg, die Klimakrise, die Energiekostenexplosion und die Inflation dar. Diese Faktoren beschleunigen die vorhandene Dynamik.

Straftaten von vermeintlich psychisch Erkrankten werden medial teilweise aufgebläht. Circa 12.000 Menschen in Deutschland befinden sich in besonderen Unterbringungsstrukturen der Forensik - also Straftäter mit gerichtlich anerkannten psychischen Erkrankungen - und etwa 45.000 Menschen in klassischen Gefängnissen. Gerade in den forensischen Einrichtungen, die völlig überbelegt sind, fehlen räumliche und fachliche Voraussetzungen für die besonde-



Hochrechnungen zufolge leiden 0,3 Prozent der erwachsenen Deutschen an Schizophrenie.

Das Syndrom der Großstadt

Das Metropolen-Leben belastet die Psyche. Doch Erkrankte sind nicht vermehrt gewalttätig – wenn sie Hilfe bekommen

”

Psychische Erkrankungen haben während der Pandemie stärker zugenommen.

Friedrich Kiesinger

re Verpflichtung, diese Menschen adäquat medizinisch und psychologisch zu betreuen.

In den Gefängnissen, die teilweise mehr als 80 Prozent der Gefangenen mit psychischen und Suchterkrankungen verwahren, fehlt es ebenfalls an den Voraussetzungen für eine adäquate psychologische und therapeutische Versorgung. Die Risikofaktoren liegen auf der Hand, gerade auch nach Entlassungen, aber auch in der Verwehrrzeit in den Einrichtungen.

Die mediale Aufmerksamkeit vor allem auf sogenannte Amokläufe in den USA suggeriert immer wieder die angeblich potenzielle Gefahr von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Zahlen in der noch zu wenig erforschten Statistik der Gewalttaten mit Beteiligung psychisch Erkrankter in Deutschland zeigen jedoch ein unterschiedliches Bild.

Der Mythos, dass psychisch erkrankte Menschen vermehrt gewalttätig seien, ist eindeutig

falsch. So zeigen Untersuchungen etwa aus den Niederlanden, dass bei Berücksichtigung von Risikofaktoren wie Missbrauch, negativen Lebensereignissen und mangelnder psychosozialer Unterstützung bei zwischenmenschlicher Gewalt das Risiko für einen körperlichen Gewaltakt bei psychischen Erkrankten sogar um 20 Prozent niedriger als in der Allgemeinbevölkerung ist. Hier sind demzufolge nicht die psychischen Erkrankungen für eine Gewalttat verantwortlich, sondern kritische Lebensereignisse, das soziale Umfeld und fehlende psychosoziale Netzwerke.

Bei Psychosen und Suchterkrankungen gibt es jedoch vermutlich ein erhöhtes Gewaltpotential. Hier gibt es auch eine erhöhte Suizidgefahr. An einer Psychose erkrankte Menschen haben ein dreimal höheres Risiko sich selbst zu töten, als gewalttätig gegen ihre Mitmenschen zu sein.

Die Bereitschaft, nach ersten starken psychotischen Schüben gewalttätig gegen sich und andere zu sein, verringert sich jedoch signifikant durch psychologische und medizinische Behandlung und Betreuung. Menschen mit Depressionen, die in unserer Gesellschaft stark zunehmen, sind wenig gefährdet, gewalttätig gegen andere zu sein. Hier ist eher das Suizidrisiko bei nicht vorhandenen oder nicht wahrgenommenen Unterstützungsformen zu sehen.

Metropolen wie Berlin ziehen völlig unterschiedliche Menschen und Bevölkerungsgruppen an. Hier können Besonderheiten in der Persönlichkeit und verschiedene Lebensweisen besser gelebt werden. Oft sind diese Metropolen auch Anziehungspunkte für Menschen mit psychischen Erkrankungen, da sie hier anonym, weniger kontrolliert und ausgegrenzt leben können und kulturelle Vielfalt, Zugehörigkeit zu ähnlichen Communities sowie Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten finden können. Um den obengenannten Risikofaktoren vorzubeugen, ist der Sozial- und Gesundheitsbereich einer Stadt besonders wichtig.

Um die Resilienzfähigkeit der Bevölkerung zu steigern und Folgeschäden für traumatisierte und psychisch erkrankte Menschen zu verhindern oder zu verlangsamen, brauchen wir einen massiven Ausbau und eine Stärkung im präventiven Bereich. Damit können teure stationäre Krankenhauskosten eingespart werden und kriminelle Entwicklungen zumindest teilweise kompensiert werden.

Chronisch überlastet Woran vorbeugende Betreuung leidet

Wie viele psychisch Kranke in Berlin leben, kann nur geschätzt werden. Grundsätzlich gehen Experten davon aus, dass ein bis zwei Prozent der Bevölkerung unter einer schweren psychischen Erkrankung leiden, vermuten aber, dass dieser Durchschnittswert in der Hauptstadt höher ausfällt.

Jeder Berliner Bezirk ist für seine psychisch Kranken selbst verantwortlich. Wenn möglich, wer-

3300

Betten stehen in den geschlossenen Psychiatrien für erwachsene Akutfälle bereit.

den die Patientinnen und Patienten zu Hause versorgt, in Einrichtungen des betreuten Wohnens, in Tagesstätten, durch den Krisendienst und durch die Sozialpsychiatrischen Dienste (SpD).

Dieses dezentrale System hat viele Vorteile, es macht es jedoch schwierig, die Gesamtsituation im Blick zu behalten. Rund 300 Psychologen und Sozialarbeiter bieten bei den SpD neben Diagnostik auch Beratung und Unterstützung

an für Betroffene und ihre Angehörigen. Rund 65.000 „Erstkontakte“ habe es im Jahr 2022 gegeben, schätzt die Senatsverwaltung für Gesundheit.

Die SpD gelten als chronisch überlastet: Die Besetzungsquote liegt bei rund 80 Prozent. Mitarbeiter klagen, dass sie den Ereignissen nur hinterherrennen können. Für vorbeugende und nachsorgende Hilfe bleibe viel zu wenig Zeit.

Für Akutfälle stehen in den geschlossenen Psychiatrien rund 3300 Betten für Erwachsene bereit. „Ein Großteil der Patientinnen und Patienten befindet sich freiwillig in psychiatrischer Behandlung“, heißt es bei der Senatsverwaltung.

Im Jahr 2021 lag die durchschnittliche Verweildauer in den Kliniken bei 22,8 Tagen. Anfang der 1990er Jahre war sie noch deutlich länger, sie betrug sechs Wochen. Da es in so kurzer Zeit kaum möglich ist, eine ausgeprägte Schizophrenie zu behandeln, werden Patientinnen in der Tendenz häufiger hintereinander aufgenommen als für einen langen Zeitraum am Stück.

Katja Fücksel